

Entschließung

betreffend Schwerpunktsetzung: Gewalt an Frauen und Mädchen

Die Bundesregierung, insbesondere die Frauen- und Integrationsministerin, wird ersucht, auch in Zeiten der zunehmenden Lockerungen in der COVID-19-Krise die politische Schwerpunktsetzung zu „Gewalt an Frauen und Mädchen“ mittels regelmäßiger und verstärkter Information sowie Kommunikation in der Öffentlichkeit intensiv fortzuführen und damit weiterhin Präventionsarbeit zu leisten.

